

Chronologie

Januar / Februar 2004*

Januar

1.1. Als erster Bundeskanzler wird Gerhard Schröder von Staatspräsident Jacques Chirac zur französischen Gedenkfeier an die Landung der Alliierten in der Normandie eingeladen.

6.1. In einer Ansprache vor Vertretern von Gewerkschaften und Arbeitgebern stellt Staatspräsident Chirac einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor. Der Text sieht unter anderem Maßnahmen zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit französischer Unternehmen vor, wie etwa eine zeitlich begrenzte Befreiung von der Gewerbesteuer (taxe professionnelle).

8.1. In einer Ansprache an das französische diplomatische Korps skizziert Staatspräsident Chirac die Grundlagen der französischen Außenpolitik für 2004. Er spricht sich unter anderem für die Errichtung einer „Pioniergruppe“ auf europäischer Ebene aus, deren Kern Frankreich und Deutschland sein sollen. In der Verfassungsdiskussion werde Frankreich am Prinzip der doppelten Mehrheit im EU-Rat festhalten. Frankreich werde sich zudem für eine „Erneuerung des Multilateralismus“ einsetzen, wie etwa durch die Unterstützung einer internationalen Umweltorganisation und die Erhöhung des französischen Entwicklungshilfebudgets.

8.1. Bei einem Treffen in Peking unterzeichnen der französische Innenminister Nicolas Sarkozy und der chinesische Innenminister Zhou Yongkang ein Abkommen zur Bekämpfung organisierter Kriminalität sowie illegaler chinesischer Einwanderung nach Frankreich. Um die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern zu vereinfachen, sollen französische Polizeioffiziere an den

Flughäfen von Peking, Shanghai und Canton sowie chinesische Polizeioffiziere am Pariser Flughafen Charles de Gaulle eingesetzt werden.

8.1. Libyen und die französische Vereinigung der Opferfamilien des Anschlags auf die DC-10 der französischen Fluggesellschaft UTA unterzeichnen ein Abkommen zur Entschädigung der Angehörigen. Jede der 170 durch den Terroranschlag vom 19. September 1989 betroffenen Familien wird eine Million Dollar als Entschädigung erhalten. In dem Abkommen ist jedoch nur vom „Absturz des Flugzeuges“, nicht von einem Terroranschlag die Rede.

13.1. Die Europäische Kommission klagt vor dem Europäischen Gerichtshof gegen die Entscheidung des Rates vom 25. November 2003 zur Aussetzung der Defizitverfahren gegen Frankreich und Deutschland. Zugleich stellt sie einen Antrag auf ein beschleunigtes Verfahren. Mit ihrer Klage will die Kommission prüfen lassen, ob die Mitgliedstaaten mit ihrer Entscheidung gegen Bestimmungen des EU-Vertrages und des Stabilitätspaktes verstoßen haben. Sie kündigt außerdem an, bis Februar 2004 Vorschläge zur Reform des Stabilitätspaktes vorzulegen.

14.1. Der in Algerien geborene Direktor der École supérieure de commerce in Nantes, Aïssa Dermouche, wird zum Präfekten des Departements Jura ernannt. Mit der Nominierung eines Präfekten aus der Einwanderergeneration setzt Staatspräsident Chirac, der sich hinsichtlich der von Innenminister Sarkozy geforderten „positiven Diskriminierung“ zurückhaltend gezeigt hatte, ein Zeichen in der Debatte über die Integrationspolitik der Regierung.

* Zusammengestellt von der Programmgruppe Frankreich / deutsch-französische Beziehungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin.

16./17.1. Bei einem Besuch in Washington erklärt Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie, dass Frankreich am Wiederaufbau eines souveränen Irak teilnehmen werde. Paris werde sich bei der Errichtung einer irakischen Armee und – in Zusammenarbeit mit Deutschland – bei der Ausbildung irakischer Polizisten engagieren. Am 16. Januar hatte sich die amerikanische Regierung bereit erklärt, die Beteiligung französischer Unternehmen an den Aufträgen für den Wiederaufbau des Irak zu gewährleisten. Alliot-Marie setzt sich in Washington zudem für einen UNO-Einsatz zur Entwaffnung der Rebellen in der Elfenbeinküste ein.

17.1. Einem Aufruf der prononciert antijüdischen muslimischen Bewegung „Parti des musulmans de France“ folgend demonstrieren circa 20 000 Angehörige und Sympathisanten muslimischer Vereinigungen in Paris gegen den Gesetzentwurf der Regierung zum Verbot religiöser Symbole in der Schule.

18.1. Staatspräsident Chirac, Bundeskanzler Schröder und Premierminister Tony Blair treffen in Berlin zusammen, um die nächste Sitzung des EU-Rats vorzubereiten. Laut dem britischen Außenminister Jack Straw gehe es darum, „Großbritannien an den deutsch-französischen Motor zu binden“, um in der erweiterten EU gemeinsam politische Führungsarbeit zu leisten. Hauptthemen des Treffens sind die Zukunft der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie die Fortführung der Lissaboner Strategie für eine wettbewerbsfähige europäische Wirtschaft.

20.1. Der Bundesrichter von Los Angeles, Dickran Teruzian, bestätigt die am 17. Dezember 2003 geschlossene Einigung zwischen dem Crédit Lyonnais, dem französischen Staat, François Pinault und der amerikanischen Justiz. Damit beendet er offiziell die so genannte „Executive-Life-Affäre“.

20.1. Anlässlich des Staatsbesuchs des mazedonischen Premierministers Branko Cervenkovski in Paris unterstützt Premierminister Jean-Pierre Raffarin die künftige EU-Beitrittskandidatur Mazedoniens. Frankreich erklärt sich zudem bereit, die Erneuerung des Ölkraftwerks von Negotino mit 400 000 Euro zu unterstützen.

22.1. 41 Jahre nach der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags treffen die Beauftragten für die deutsch-französische Zusammenarbeit, Noëlle Lenoir und Hans Martin Bury, anlässlich des ersten „Deutsch-Französischen Tags“ in Berlin zusammen. Hauptthema der Begegnung ist das Erlernen der deutschen und französischen Spra-

che im jeweiligen Partnerland. Am 22. Januar 2003, dem 40. Jahrestag des Élysée-Vertrags, hatten die beiden Regierungen beschlossen, den 22. Januar künftig in allen Bildungseinrichtungen beider Länder der Werbung für bilaterale Bildungs- und Austauschprogramme zu widmen.

23.1. Bei seinem Besuch in Moskau setzt sich Außenminister Dominique de Villepin für die Bildung einer institutionalisierten strategischen Partnerschaft zwischen Russland und der Europäischen Union zur Lösung regionaler Konflikte ein. Auf einer Konferenz am Institut für Internationale Beziehungen „Mgimo“ bedauert de Villepin die Situation des „offenen Kriegs“ in Tschetschenien und plädiert für eine rasche politische Lösung der Krise. Zugleich lobt er die Qualität der russischen Demokratie.

23.1. In einem Bericht des Haut Comité pour l'Avenir de l'Assurance Maladie wird der gesetzlichen Krankenversicherung ein jährliches Defizit von 11 Milliarden Euro im Jahr 2004 und 66 Milliarden Euro bis 2020 prognostiziert.

23.1. Der französische Pharmakonzern Sanofi-Synthelabo startet einen Versuch zur feindlichen Übernahme des deutsch-französischen Konzerns Aventis. Damit würde die neue Gruppe zum drittgrößten Konzern der Branche weltweit.

26.1. Am ersten Tag des Staatsbesuchs des chinesischen Präsidenten Hu Jintao in Paris bezeichnet Staatspräsident Chirac das voraussichtlich Ende März in Taiwan stattfindende Referendum als „schlimmen Fehler“. Laut Taiwans Präsident Chen Shui-bian soll das Referendum Fragen der „Souveränität und Sicherheit“ der Insel zum Gegenstand haben. Laut Chirac würde dies die Trennung zwischen den beiden Staaten bestätigen und damit die Gesamtstabilität der Region in Frage stellen. Am selben Tag plädiert Außenminister de Villepin in Brüssel dafür, das EU-Waffenembargo gegen China aufzuheben. Die EU hatte das Embargo 1989 als Reaktion auf die Niederschlagung der demokratischen Bewegung auf dem Platz des Himmlichen Friedens verhängt.

28.1. Der Mitarbeiter im britischen Verteidigungsministerium Nick Witney wird zum Leiter der neu gegründeten europäischen Rüstungsagentur ernannt. Damit setzt sich London gegen den französischen Kandidaten Laurent Giovacchini durch. Am 22. Januar war der französische General Jean-Paul Perruche zum Oberbefehlshaber des Generalstabs der EU ernannt worden.

28.1. „Le Figaro“ veröffentlicht Auszüge eines Berichts der Pariser Staatsanwaltschaft zum so genannten „Fregattenvvertrag“ zwischen dem damaligen Staatskonzern Thomson CFS und Taiwan. 1991 hatte Thomson CFS Fregatten in einem Gesamtwert von 16 Milliarden Francs an Taiwan verkauft. Obwohl der Verkaufsvertrag die Zahlung von Provisionen ausschloss, hatte Thomson CFS, heute Thales, Provisionen gezahlt. Der französische Staat muss im Fall einer Verurteilung mit Schadensersatzzahlungen von bis zu 600 Millionen Dollar an den taiwanesischen Staat rechnen.

28.1. Die ehemalige Präsidentin des Europäischen Parlaments, Simone Veil, und Bundestagspräsident Wolfgang Thierse eröffnen in Berlin die Ausstellung „Mannheim-Izieu-Auschwitz“. Unter der Leitung des Deutsch-Französischen Jugendwerks hatten deutsche und französische Gymnasiasten die Geschichte der „Kinder von Izieu“ rekonstruiert. Am 6. April 1944 hatte die Gestapo von Lyon unter der Verantwortung von Klaus Barbie 44 im französischen Dorf Izieu versteckte jüdische Kinder deportiert. Fast alle Kinder wurden im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau vergast.

29.1. Dem Aufruf von 27 Gewerkschaften folgend protestieren etwa 10 000 Demonstranten in Paris und der Provinz gegen Mittelkürzungen in der öffentlichen Forschung und fordern die Wiederherstellung von 550 gestrichenen Arbeitsplätzen. Die vom Biologen Alain Trautmann initiierte Protestbewegung „Sauvons la recherche!“ zur Unterstützung der französischen Forschung hat seit ihrer Gründung Anfang Januar über 30 000 Unterschriften für ihre Petition gesammelt.

29.1. Der neue Präfekt des Departements Jura, Aïssa Dermouche, wird zum dritten Mal seit seiner Ernennung Opfer eines Anschlags. Ein Außenbriefkasten in der Nähe seiner Wohnung in Nantes wird in die Luft gesprengt. Bei einem vorherigen Anschlag war sein Auto völlig zerstört worden.

30.1. Der ehemalige Premierminister und aktuelle UMP-Vorsitzende Alain Juppé wird zu 18 Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Außerdem darf er für zehn Jahre nicht zur Wahl eines öffentlichen Amtes aufgestellt werden. Er war zusammen mit 26 weiteren Mitarbeitern des Pariser Rathauses angeklagt worden, bei der Finanzierung von Scheinarbeitsverhältnissen zugunsten seiner damaligen Partei, des RPR, involviert gewesen zu sein. Der Stadt Paris soll dadurch zwischen 1983 und 1995 ein Schaden von circa 2,4 Millionen Euro entstanden sein. Unter dem damaligen Pariser Bürgermeister Chirac war Juppé für die Finanzen der Stadt

zuständig. Das Urteil erschüttert die bürgerliche Partei UMP, die Juppé als ihren potenziellen Kandidaten für die Präsidentschaftswahl im Jahr 2007 betrachtet. Juppé legt gegen das Urteil Berufung ein.

30.1. Bei einem Treffen am Genfer UNO-Sitz unterzeichnen UNO-Generalsekretär Kofi Annan, der chilenische Präsident Ricardo Lagos, der brasilianische Präsident Luis Ignacio „Lula“ de Silva und Staatspräsident Chirac eine gemeinsame Erklärung. Darin schlagen sie die Bildung einer Expertengruppe zur weltweiten Bekämpfung von Hungersnöten vor. Unter anderem wird eine Besteuerung des internationalen Waffenhandels sowie bestimmter finanzieller Transaktionen erwähnt.

30.1. Das Arbeits- und Sozialministerium teilt mit, dass die Arbeitslosigkeit im Jahr 2003 um 6 Prozent gestiegen ist. Damit liegt die Arbeitslosenquote in Frankreich bei 9,7 Prozent.

31.1. Bei einer Veranstaltung des Conseil représentatif des institutions juives de France (Crif) in Paris verspricht Premierminister Raffarin eine verstärkte Bekämpfung des Antisemitismus in Frankreich. Raffarin spricht sich unter anderem für das Verbot antisemitisch geprägter Sender, wie etwa des Fernsehsenders Al-Ma-nar, aus.

Februar

4.2. Im Fernsehsender TF1 erklärt Juppé, dass er, im Gegensatz zu früheren Ankündigungen, seine Funktionen als UMP-Vorsitzender, Abgeordneter und Bürgermeister von Bordeaux trotz des Urteils der französischen Justiz nicht aufgeben werde. Er werde jedoch als UMP-Vorsitzender im November 2004 nicht erneut kandidieren. Am 2. Februar hatte Staatspräsident Chirac seinen ehemaligen Premierminister öffentlich unterstützt und unter anderem seine „Ehrlichkeit“ begrüßt.

4.2. In einem Gespräch mit dem NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer schlägt Staatspräsident Chirac vor, dass das Eurokorps die Führung der von der NATO geleiteten ISAF-Schutztruppe in Afghanistan übernehmen soll. Der Führungswechsel solle durch zusätzliche französische Streitkräfte und Streitkräfte der Deutsch-Französischen Brigade ergänzt werden.

5.2. Staatspräsident Chirac empfängt den Präsidenten der Elfenbeinküste, Laurent Gbagbo. Hauptthema des Treffens ist die Organisation freier Wahlen in der Elfenbeinküste im Oktober 2005. Zu diesem Zweck verspricht

Frankreich die Verlängerung seines militärischen Einsatzes in der Elfenbeinküste bis 2006. Chirac und *Bbagbo* verständigen sich darauf, dass französische Unternehmen neue Aufträge in der Elfenbeinküste erhalten werden, zum Beispiel für den Aufbau des Präsidentenpalastes in Yamoussoukro.

7.2. *Jean-Claude Mailly* löst *Marc Blondel* an der Spitze von *Force ouvrière* ab. *Blondel* war seit 1989 Generalsekretär der Gewerkschaft.

9.2. Staatspräsident *Chirac* und Bundeskanzler *Schröder* sowie die Außenminister *Fischer* und *de Villepin* treffen im Rahmen der regelmäßigen informellen deutsch-französischen Konsultationen (Blaesheim-Prozess) in Genshagen (BBI) bei Berlin zusammen. Auf der Tagesordnung der Gespräche stehen der Irak, die Einigung im EU-Verfassungskonflikt sowie die Übernahme des deutsch-französischen Pharmakonzerns *Aventis* durch das französische Unternehmen *Sanofi-Synthelabo*. Beide Seiten sprechen von „völliger Übereinstimmung“ in allen Punkten.

9.2. Auf dem EU-Gipfel in Dublin vertritt Bundeskanzler *Schröder* am Abend Staatspräsident *Chirac*. Laut *Schröder* hätten Deutschland und Frankreich in europäischen und internationalen Angelegenheiten „gleiche Ansichten“. Der Kanzler setzt sich für das Prinzip einer doppelten Mehrheit im EU-Rat, die Begrenzung des Kommissions-Kollegiums auf 15 stimmberechtigte Mitglieder sowie für eine deutliche Begrenzung des EU-Haushaltes für die Jahre 2007–2013 ein.

10.2. Frankreich, Deutschland und Großbritannien legen im Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee der Europäischen Union einen Vorschlag zur Bereitstellung so genannter „Einsatzgruppen“ („Battle Groups“) vor. Das Projekt beinhaltet die Errichtung von sieben bis neun solcher Verbände mit jeweils 1 500 Soldaten bis 2007. In einer Krisensituation soll jede Gruppe innerhalb von 15 Tagen bereitgestellt werden und bis zu 120 Tage alleine durchhalten können.

10.2. Die Nationalversammlung verabschiedet in letzter Lesung den Gesetzentwurf zum Tragen religiöser Symbole in der Schule. Der Entwurf sieht ein Verbot von Symbolen vor, „die die Religionsangehörigkeit von Schülern in öffentlichen Schulen deutlich zum Ausdruck bringen“.

11.2. Die Nationalversammlung stimmt dem Gesetzentwurf zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, der „Loi Perben 2“, zu. Zahlreiche Anwaltsverbände

rufen zum Streik auf. Sie kritisieren unter anderem die Stärkung von Staatsanwaltschaft und Polizei sowie die Verschärfung der Strafverfahren zuungunsten der Angeklagten. Der Parti Socialiste, die Grünen und der Parti Communiste legen gegen den Text Einspruch beim Verfassungsrat ein.

13.2. Staatspräsident *Chirac* teilt mit, dass Frankreich bis 2005 einen neuen Flugzeugträger mit konventionellem Antrieb bauen werde. Die Entscheidung für den konventionellen Antrieb öffnet den Weg für eine Kooperation mit Großbritannien, das schon früher die Option des Nuklearantriebs ausgeschlossen hatte. Laut einem Bericht der *Délégation Générale pour l'Armement* soll darüber hinaus ein Flugzeugträger mit konventionellem Antrieb über seine gesamte Lebenszeit 13 Prozent billiger sein als ein atomgetriebener Flugzeugträger.

16.2. Bei einem Besuch in Paris wird der israelische Präsident *Moshe Katzav* von Staatspräsident *Chirac* empfangen. Hauptthema des Besuchs ist die Zunahme antisemitisch motivierter Straftaten in Frankreich. In einem Interview mit der israelischen Zeitung „*Yediot Aharonoth*“ vom 13. Februar hatte *Chirac* zuvor seine Entschlossenheit erklärt, den Antisemitismus in Frankreich verstärkt zu bekämpfen.

18.2. Staatspräsident *Chirac*, Bundeskanzler *Schröder* und Premierminister *Blair* treffen zum Dreier-Gipfel in Berlin zusammen. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen die wirtschafts- und sozialpolitischen Reformen in den drei Ländern, insbesondere die Reformen der sozialen Sicherungssysteme. In einem Brief an den Präsidenten der Europäischen Kommission, *Romano Prodi*, schlagen die drei Staats- und Regierungschefs unter anderem die Ernennung eines Vizepräsidenten der Kommission vor, der ausschließlich für Fragen der Wirtschaftsreform zuständig sein soll.

19.2. Als Antwort auf die „Greater-Middle-East“ Initiative der USA fordert Außenminister *de Villepin* in einem Interview mit „*Le Figaro*“ ein umfassendes Konzept für den Nahen und Mittleren Osten, das neben sicherheitspolitischen Fragen auch die politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Dimension berücksichtigt. *De Villepins* Ziel ist eine „allgemeine Erklärung, die die Prinzipien einer Partnerschaft für Frieden und Fortschritt formuliert und die großen Handlungslinien für die Region definiert“.

23./24.2. Bei einem Staatsbesuch in Ungarn trifft Staatspräsident *Chirac* mit dem ungarischen Präsidenten *Ferenc Madl* zusammen. Hauptthemen des Besuchs sind

die französisch-ungarischen Kulturbeziehungen und die EU-Osterweiterung. In einer Rede vor dem ungarischen Parlament bezeichnet sich Chirac als Erweiterungsbefürworter der ersten Stunde. Er betont darüber hinaus, dass die Zusammenarbeit einiger Mitgliedstaaten im Rahmen von Pioniergruppen keine Trennlinien innerhalb der EU schaffe, sondern für neue Teilnehmer offen bleibe. Ferner spricht er sich für eine konstruktive Partnerschaft der EU mit Russland aus.

24.2. Finanzminister Francis Mer teilt die Kapitalöffnung des Luftfahrtkonzerns Snecma mit. Die Regierung rechnet mit Privatisierungseinnahmen in Höhe von vier Milliarden Euro. Der Generaldirektor von Snecma, Jean-Paul Béchat, erklärt sich bereit, eine künftige Beteiligung des amerikanischen Konzerns General Electric am Kapital des Unternehmens zu berücksichtigen.

25.2. Der Bericht der parlamentarischen Untersuchungskommission zu den Folgen der Hitzeperiode im Sommer 2003 wird von der Nationalversammlung angenommen. Darin wird die mangelhafte Reaktionsfähigkeit der Verwaltung auf die Krise betont, ohne dass jedoch Gesundheitsminister Jean-François Mattéi persönlich infrage gestellt wird.

27.2. Außenminister de Villepin empfängt eine Delegation der haitianischen Regierung im Quai d'Orsay. Vor dem Hintergrund des Aufstandes in Haiti spricht sich de Villepin für die Errichtung einer Übergangsregierung aus und ruft Präsident Jean-Bertrand Aristide auf, „die Konsequenzen aus [der aktuellen Krise] zu ziehen“.

27.2. Der UNO-Sicherheitsrat stimmt dem Einsatz von Friedenstruppen der Vereinten Nationen in der Elfenbeinküste zu. Am 24. Januar hatte Frankreich im Sicherheitsrat einen Resolutionsentwurf zur Entsendung von UNO-Truppen in die Elfenbeinküste vorgelegt. Die Onuci-Operation ist auf zwölf Monate angelegt. Aufgabe der UNO-Soldaten ist unter anderem die Rebellenentwaffnung und die Vorbereitung der Präsidentschaftswahlen im Jahr 2005.

27.2. Die Staatsrätin Jacqueline de Guillenchmidt, der Generalsekretär der Nationalversammlung Jean-Louis Pezant und der Staatsrat Pierre Steinmetz werden zu neuen Mitgliedern des Conseil Constitutionnel ernannt. Pierre Mazeaud, Mitglied des Conseil Constitutionnel seit 1998, wird außerdem zum neuen Präsidenten des Conseil ernannt.